

# Legal News Energierecht

Aktuelle Informationen zu energierechtlichen Entwicklungen

Ausgabe 18, Oktober 2021

## Inhalt

Aktuelles .....	2
§ 6b EnWG-Festlegungen der Regulierungskammer NRW.....	2
Rechtsprechung .....	2
BVerwG bestätigt VG Stuttgart: Grundversorger bestimmt sich nach dem einzelnen Konzessionsgebiet .....	2
Über uns .....	3
Ihre Ansprechpartner .....	3

# Aktuelles

---

**RA Dominik Martel**

Tel.: +49 521 96497-902  
dominik.martel@pwc.com

**RAin Dr. Melanie Meyer**

Tel.: +49 30 2636-2094  
melanie.meyer@pwc.com

---

## § 6b EnWG-Festlegungen der Regulierungskammer NRW

Die Regulierungskammer NRW hat am 1. Oktober 2021 die sogenannten § 6b EnWG-Festlegungen von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahresabschlüssen und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbständigen Netzbetreibern erlassen.

Die Festlegungen, welche alle Netzbetreiber im Zuständigkeitsbereich der Regulierungskammer Nordrhein-Westfalen betreffen, fordern zusätzliche Angaben in den Jahresabschlüssen der vertikal integrierten EVU und resultieren in teilweise erheblichem Mehraufwand. Neu ist z.B., dass mit vertikal integrierten EVU und mit rechtlich selbständigen Netzbetreibern verbundene „Service“-Unternehmen ebenfalls von den neuen Vorgaben betroffen sind, soweit sie direkt oder indirekt energiespezifische Dienstleistungen erbringen.

Hier – wie bei der entsprechenden Festlegung durch die BNetzA – gibt es mehrere rechtliche Angriffspunkte für die Einlegung einer Beschwerde: So ist rechtlich umstritten, inwiefern § 6b Abs. 6 EnWG eine wirksame Ermächtigungsgrundlage zum Erlass derartiger Festlegungen sein kann. Die Regelungen stellen teilweise eine unzulässige Erweiterung der Bestimmungen nach § 6b EnWG dar, so z.B. auf energiespezifische Dienstleister.

---

### Mehraufwand für Netzbetreiber insbesondere bei Dienstleistungskonstellationen

---

Bei der Bewertung der Erfolgsaussichten eines Beschwerdeverfahrens gegen die NRW-Festlegungen ist Folgendes zu beachten: Die Beschwerden gegen die insofern parallele Festlegung der BNetzA wurden vom zuständigen OLG Düsseldorf in seiner Entscheidung vom 28. April 2021 zurückgewiesen. Auch bei Beschwerden gegen die Festlegung der Regulierungskammer NRW ist das OLG Düsseldorf zuständig. Allerdings ist diese Entscheidung noch nicht rechtskräftig. So sind gegen diese Entscheidung mehrere Rechtsbeschwerden beim BGH anhängig, aufgrund derer eine Entscheidung im Sinne der Netzbetreiber auch weiterhin möglich ist.

Die Frist für die Einlegung der Beschwerde ist der 15. November 2021.

Die vollständigen Festlegungen einschließlich Begründung sind auf der Internetseite der Regulierungskammer ([www.regulierungskammer.nrw.de](http://www.regulierungskammer.nrw.de) bzw. <https://www.wirtschaft.nrw/downloadbereich-der-regulierungskammer>) veröffentlicht.

# Rechtsprechung

---

**RA Björn Jacob**

Tel.: +49 211 981-7259  
bjoern.jacob@pwc.com

---

## BVerwG bestätigt VG Stuttgart: Grundversorger bestimmt sich nach dem einzelnen Konzessionsgebiet

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 26. Oktober (Az. 8 C 2.21) die Entscheidung des VG Stuttgart vom 20. Oktober 2020 (Az. 18 K 1797/19 – wir berichteten) bestätigt. Dieses hatte entschieden, dass bei der Frage, auf welches Gebiet es bei der Zählung der Haushaltskunden bei der Feststellung des Grundversorgers nach § 36 Abs. 2 EnWG ankommt, das einzelne Konzessionsgebiet ausschlaggebend sei.

Die Klägerin, die ein zusammenhängendes Netz in einer Gemeinde auf der Grundlage von drei Konzessionsverträgen, die jeweils Teilgebiete dieser Gemeinde umfassten, betreibt, hatte bei der ihr obliegenden

Feststellung des Grundversorgers nach § 36 Abs. 2 Satz 2 EnWG die Haushaltskunden in allen Teilgebieten der Gemeinde aufaddiert und einen Grundversorger für das gesamte Gemeindegebiet benannt und gegenüber dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg als zuständiger Landesbehörde mitgeteilt. Nachdem ein Versorgungsunternehmen, dass in einem Teilgebiet für sich genommen die meisten Haushaltskunden versorgt hatte, hiergegen gegenüber dem Ministerium Einwände erhob, hob dieses nach Anhörung die Feststellung des Netzbetreibers auf und stellte durch Bescheid die Grundversorger für jedes Konzessionsgebiet in der betroffenen Gemeinde im Einzelnen fest.

Die hiergegen gerichtete Klage hatten das VG zurückgewiesen. Zwar sei § 36 Abs. 2 EnWG hinsichtlich des Netzgebiets, in dem jeweils gezählt werden müsse auslegungsbedürftig. Nach Ansicht des VG könne aber weder auf das gesamte Netzgebiet eines Netzbetreibers, das durchaus auch Landesgrenzen überschreiten könne, noch auf das jeweilige Gemeindegebiet, für das es im Einzelfall auch mehrere unterschiedliche Netzbetreiber bei mehreren Konzessionen geben könne, abgestellt werden. Der Wortlaut spreche vielmehr im Zusammenhang mit den §§ 3 Nr. 29c, 18 Abs. 1, 46 Abs. 2 EnWG für eine Übereinstimmung des Grundversorgungsgebiets mit dem Konzessionsgebiet.

Das VG hatte ob der grundsätzlichen Bedeutung der Sache und der fehlenden ober- und höchstrichterlichen Rechtsprechung sowohl die Berufung als auch die Sprungrevision zugelassen. Das Bundesverwaltungsgericht hat die verwaltungsgerichtliche Auslegung des Begriffs des Netzgebiets der allgemeinen Versorgung nunmehr bestätigt. Dem Willen des Gesetzgebers zufolge sei der Grundversorger nach objektiven Kriterien zu bestimmen. Sie ergäben sich im Hinblick auf die räumliche Abgrenzung aus der Systematik des Energiewirtschaftsgesetzes, das namentlich in seinen § 3 Nr. 29c und § 46 Abs. 2 Satz 1 eine Verknüpfung zwischen den Netzgebieten der allgemeinen Versorgung und den Konzessionsgebieten innerhalb einer Gemeinde herstelle.

Die nunmehr höchstrichterlich bestätigte Definition ist bisher bei der Feststellung des Grundversorgers nicht in allen Netzgebieten gängige Praxis und könnte daher einigen Netzbetreibern noch erheblichen Aufwand verursachen, insbesondere Regionalnetzbetreibern, die nunmehr für jedes Konzessionsgebiet einzeln einen Grundversorger ausweisen müssen.

## Über uns

### Ihre Ansprechpartner

**Peter Mussaeus**

Tel.: +49 211 981-4930

[peter.mussaeus@pwc.com](mailto:peter.mussaeus@pwc.com)

**Michael H. Küper**

Tel.: +49 211 981-5396

[michael.kueper@pwc.com](mailto:michael.kueper@pwc.com)